

Zurück zu Recht und Demokratie

Von Christoph Blocher

Als Ende März das öffentliche Leben zum Schutz der Bevölkerung massiv eingeschränkt wurde, war die Gefährlichkeit des neuartigen Virus unbekannt. Man intervenierte massiv, weil es oberstes Ziel der Politik sein müsse, den Tod oder bleibende Schäden der Bevölkerung zu verhüten. Darum waren die Massnahmen in jenen Tagen im Grundsatz einleuchtend.

Heute aber wissen wir: Lebensbedrohlich gefährdet sind nur ältere Menschen mit bestimmten Vorerkrankungen. Beides – Alter und Vorerkrankung – ist Voraussetzung: Gesunde über 65-Jährige sind kaum gefährdeter als Junge, und bei den unter 65-Jährigen ist die Sterbquote bei Covid-19 praktisch null. Daraus folgt: Die Schutzmassnahmen klären sich: Über 65-Jährige mit Vorerkrankungen isolieren sich im eigenen Interesse.

Das heisst aber auch, raschstmöglichst zur Normalität zurückzukehren. Mit den Gesunden – alten und jungen – hinaus ins Leben, an den Arbeitsplatz, in die Läden, in die Schulen. Der «Shutdown» führt zu wirtschaftlichen Schä-

den, die viel verheerender sind als die Krankheit. Und selbstverständlich müssen wir vom Notrecht mit Verwaltungsdiktat sofort zum Rechtsstaat und zur Demokratie zurückkehren. Die schwerwiegenden Eingriffe der Bundesbehörden in die Freiheits- und Grundrechte sowie die finanziell schwer verdaubaren Belastungen werden uns länger beschäftigen als das Coronavirus. Weitere Lehren sind aus dieser Krise zu ziehen.

Die Corona-Krise hat uns zudem die Brüchigkeit einer globalen Weltordnung drastisch vor Augen geführt. Denn sie hat gezeigt: In der Krise ist nur der Nationalstaat wirklich handlungsfähig. Und dieser schaut in erster Linie für sich selber. Auch die Schweiz wurde Opfer ihres naiven Glaubens an die internationale Solidarität. So wurden zum Beispiel die von der Schweiz bestellten und bezahlten Maskenlieferungen auf dem Transport von einem Drittland durch Deutschland in die Schweiz durch die Bundesrepublik beschlagnahmt. Rechtsordnung, Vertragsverhältnisse und Eigentumsverhältnisse werden plötzlich ausser Kraft gesetzt. Auch der Ministerpräsident des EU-Mitglieds Italien hielt resigniert fest: «Uns aber hat nie jemand geholfen!»

Nicht auszudenken, was wir bei einem Stromengpass zu erwarten hätten, wo wir uns zunehmend auf Deutschland und Frankreich stützen. Auch die Geringschätzung unserer produzierenden



In der Krise ist nur der Nationalstaat wirklich handlungsfähig. Und dieser schaut für sich selber.

Christoph Blocher

den Landwirtschaft für eine funktionierende Lebensmittelversorgung müsste spätestens jetzt ein Ende haben.

Medizinisches Gebrauchsmaterial war hierzulande bei Ausbruch der Pandemie kaum vorhanden. Es wird längst nicht mehr im Inland produziert, weil man auch hier auf die Globalisierung setzte und die vorgeschriebenen Pflichtlager nicht unterhielt oder abbaute. Weil die benötigten Masken bis heute fehlen, griff der Bundesrat zuerst zur Notlüge, diese seien nutzlos. Und heute zeigt sich, dass er gar nicht die Handlungsfreiheit hat, rasch genug zum Wirtschaftsleben, zum Bildungswesen und zu den politischen Rechten zurückzufinden, weil die entsprechenden Masken schlicht nicht vorhanden sind.

Epidemiologisch besonders verheerend musste sich die bundesrätliche Europapolitik auswirken. Um die Personenfreizügigkeit mit der EU aufrechtzuerhalten, wollte der Bundesrat die Südgrenzen auch dann noch nicht schliessen, als sich das Seuchendesaster in der Lombardei längst abzeichnete. Dem Bundesrat kann hier der Vorwurf nicht erspart werden, seine Europapolitik – speziell den Kampf gegen die Begrenzungsinitiative und für ein Rahmenabkommen – über die Gesundheit der eigenen Bevölkerung gestellt zu haben. Selbstverständlich können Coronaviren auch Ländergrenzen überwinden, aber eben nur mit ihren Trägern. Das Ver-

meiden der Ansteckung, der Unterbruch der Infektionsketten bildet die einzige Präventionsmassnahme, solange noch kein Impfstoff vorhanden ist.

Gross ist die Verlockung für unsere Landesregierung, mit Not- und Dringlichkeitsrecht die Politik, die Wirtschaft und die Gesellschaft zu lenken. Die Aufhebung der Handels- und Gewerbefreiheit, der Eigentumsgarantie oder der Meinungsäusserungsfreiheit trifft das Wesen der Eidgenossenschaft im Kern. Darum muss dieser Ausnahmezustand jetzt beendet werden. Für den Schutz vor Covid-19 ist er nicht (mehr) nötig, und unsere föderalistische, liberale und demokratische Staatsform bildet das Band, das unsere Landesteile erst zu einer Nation verbindet.

Corona war und ist eine unsanfte Lehrmeisterin. Sie hat uns die Grenzen der Grenzenlosigkeit schmerzhaft aufgezeigt. Echt verstandene Globalisierung heisst, friedlich Handel und Austausch mit aller Welt zu treiben. Aber die Selbstbestimmung innerhalb der Grenzen unseres Staates dürfen wir nicht aus der Hand geben. Und schon gar nicht die vorausschauende Planung. Und in der Schweiz wird diese Verantwortung durch einen freiheitlichen, demokratischen und föderalistischen Staat wahrgenommen. Das muss auch in Notzeiten gelten.

Christoph Blocher (svp.) war von 2003 bis 2008 Mitglied des Bundesrats.

Das Virus lässt die Demokratien abstürzen

Von Regula Stämpfli

Einige erinnern sich vielleicht an Platos berühmten Kampf gegen die Sophisten. Er warf ihnen vor, ihre Kunst bestehe darin, «den Verstand mit Argumenten zu bezaubern», die nicht der Wahrheit dienen, sondern darauf abzielten, Meinungen zu erzeugen. Solange diese plausibel erscheinen, «liegt ihnen die Kraft der Überzeugung inne». Hannah Arendt nennt dies den «temporären Sieg der Argumente auf Kosten der Wahrheit».

Die neuen digitalen Herren zerstören mittels der «Algorithmisierung der Welt» empirische Realitäten mit derart präzise berechneter Schlüssigkeit, dass der Unterschied zwischen Fiktion und Realität für die meisten von uns nicht mehr erkennbar ist. Damit steht auch die Existenz geschichtlicher Realitäten, wie sie sich beispielsweise in demokratischen Entscheidungsprozessen manifestieren, auf dem Spiel. Datenpakete «beweisen» gegenüber der Wirklichkeit bald jene, bald andere Meinungen, so dass sie oft gar nichts mehr «wirklich» erklären.

Hannah Arendt weist in ihrer Totalitarismusstudie nach, wie Ideologien darauf abzielen, die «nicht mehr gültigen Regeln des gesunden Menschenverstandes zu ersetzen». Eines Menschenverstandes, den Arendt als «common sense», als Gemeinssinn definiert – durch den wir eine uns allen gemeinsame Welt erfahren und uns darin zurechtfinden dürfen. Ein Zustand also, dem wir als Menschen wegen Corona seit Wochen entrückt sind.

Die Kombination von monokausalen Narrativen, inklusive virologisch basierter Datenhoheit, konstruiert ein «Zeitalter der totalen Gewissheit», die zum fast vollständigen Wegfall klassischer Urteilskraft gegenüber Richtig und Falsch führt. Deshalb sprissen Verschwörungstheorien wie Twitterpilze aus dem virtuellen Raum. Diese «Eroberung der Welt als Zahl» treibt mich seit 2003 um, aber ich ahnte nicht, dass mir das Unglück beschert sein würde, eine meiner grössten Ängste um den Zustand der Welt an meinem eigenen Körper erleben zu müssen.

Dies ist kein Zufall, sondern das Resultat politischer Schlafwandler, kombiniert mit volkschinesischer Sandungsgewalt bei gleichzeitiger westlicher demokratischer Impotenz. Wer verstehen will, wie selbst die Schweizer Demokratie widerstandslos und über Nacht Hunderttausende von Existenzen ins Unglück stürzen konnte, abgedefert durch den unermesslichen Reichtum



Lasst uns in Parrhesia üben, in Widerspruch, in Vielfalt, bei Wahrung geltender Bestimmungen.

Regula Stämpfli

dieses Landes, dessen Bundesräte sich ständig neuer Hilfspakete rühmen, muss sich mit dem seit einem Jahrzehnt anhaltenden globalen Trend, die Menschlichkeit, ja das Wesen des Menschen selbst zu verletzen, auseinandersetzen.

Die westlichen Demokratien sind durch das chinesische Virus physisch und politikulturell in den Abgrund gestürzt worden. Sie werden dort auch bleiben, wenn sie der Asymmetrie zwischen der Volksrepublik China und dem Rest der Welt, wenn sie dem Ungleichgewicht des globalen digitalen Plattform- und Überwachungskapitalismus nicht durch ein aktives Demokratisierungsprogramm begegnen. Es gibt keine «neue Normalität» für die Demokratien mehr, selbst nach einem möglichen Corona-Impfstoff.

Die paternalistische Regierungsweise, dass der Staat lobt oder tadelt, die Grundrechtsverletzung, beispielsweise im Kanton Tessin alle über 65-Jährigen mit einem «Ausgehverbot» zu belegen, weiter die Enteignung von Selbständigen, von kleineren und mittleren Unternehmen mit dem Hinweis, die folgenden dreissig Jahre Schuldenwirtschaft als eine Art Solidaritätszuschlag nach deutschem Modell zu betreiben – watschen alle Demokratien und liberalen Freiheiten verfassungswidrig ab.

Dazu kommt: Die Corona-Ausnahmeregime haben alle Kritiker der getroffenen Massnahmen als Menschen-

feinde dargestellt und tun es noch. Dies mit dem Effekt, dass wir uns meinungsmässig widerstandslos, quasi über Nacht, von allen Werten verabschiedet haben, die uns bis vor kurzem noch unantastbar erschienen. Die erste Exit-Strategie muss deshalb lauten: Lasst uns in Parrhesia üben, in Widerspruch, in Vielfalt, in gegenseitiger Akzeptanz und Toleranz bei gleichzeitiger Wahrung geltender Bestimmungen. Und es braucht dringend klare Alternativen, denn: Wer will schon Virologen über die Zukunft der Demokratie entscheiden lassen?

Post-Corona wird nur dann post sein, wenn wir, die Überlebenden der westlichen Demokratien, die Stunde null einläuten. Wir brauchen ein aussergewöhnliches Wirtschaftswunder. Gleichzeitig müssen wir Demokratinnen und Demokraten erkennen, dass eine Politik, die über Nacht aus Menschen isolierte Individuen macht, die sich weder an Familie, Freundinnen, Bekannte noch an Arbeitsplätze, Bildungsinstitutionen, Vereine, Verbände, Parteien binden können, sondern zum eigenen und kollektiven biologischen Überleben gezwungen werden, dazu führt, dass wir letztlich trainiert werden, alles und jeden zu opfern.

Regula Stämpfli ist Politikdozentin mit Schwerpunkt Hannah Arendt, Political Design, Digital Transformation und Demokratietheorie. Sie lebt in München.

Das Auftreten der Willkür macht stutzig

Von Martin Grichting

Obwohl die epidemiologische Lagebeurteilung weiterhin strittig ist, erstaunt, dass es in europäischen Ländern so wenig Opposition gegen die drastischen Corona-Massnahmen der Regierungen gibt. Einige fragen sich schon besorgt, ob die Covid-19-Pandemie die Demokratie beschädige, wenn die Bürger so schnell dazu bereit seien, ihre Rechte preiszugeben. Wer so fragt, scheint voraussetzen, dass die Menschen, die in einer Demokratie lebten, natürlicherweise ihre Freiheit verteidigen und in geistiger Unabhängigkeit ihr Leben gestalten wollten.

Das ist ein Irrtum, und die Corona-Krise macht ihn sichtbar. In Anlehnung an das bekannte Böckenförde-Diktum, der freiheitliche, säkularisierte Staat lebe von Voraussetzungen, die er selber nicht zu garantieren vermöge, lässt sich sagen: Der Freiheitswille des Menschen lebt von Voraussetzungen, die eine säkulare Gesellschaft nicht garantieren kann.

Schon im 19. Jahrhundert hat sich Alexis de Tocqueville über die Rolle von

Religion in einer Gesellschaft von Freien und Gleichen nachgedacht. Er sah Religion als wesentlichen Faktor dafür an, dass Demokratien Bestand haben, und war überzeugt: Wenn die Menschen nicht mehr an Gott glauben, der Freiheit durch Transzendenz schenkt, wenn sie nicht mehr auf weite Sicht an ein ewiges Leben glauben – sucht sich die überforderte Vernunft eine weltliche Autorität.

Sie findet sie in der öffentlichen Meinung, in populistischen oder gar despotischen Mächten. Denn aufgrund des metaphysischen Vakuums dominieren die Kräfte des Unmittelbaren, Praktischen und Pragmatischen – ohne Kompass durch einen Sinn, der über die Welt und das vergängliche Materielle hinausweist: «Es kommt dann nicht nur vor, dass die Bürger sich ihre Freiheit rauben lassen, sondern sie geben sie oft selbst preis». Und so «schaffen sie sich einen Herrn an», resümiert Tocqueville. Denn wenn über die grossen Fragen des Menschseins Verwirrung besteht, soll wenigstens vor der eigenen Haustür, im Nahbereich, Ordnung herrschen. So wachse ein fürsorglicher Staat heran, der die Gesellschaft «mit einem Netz kleiner, verwickelter, enger und einheitlicher Regeln» bedecke. Dieser Staat tyrannisiert gemäss Tocqueville zwar nicht, aber er bringe jede Nation dahin, «dass sie nur noch eine Herde furchtsamer und geschäftiger Tiere ist, deren Hirte die Regierung» bilde.



Ohne einen Gott, der frei macht, schrumpft das Individuum zum Herdentier.

Martin Grichting

Wenn heute die in der Regel parlamentarisch nicht beschlossenen Covid-19-Massnahmen von einer schweigenden Mehrheit schicksalsergeben hingenommen werden, ohne dass ein gründliches Hinterfragen stattfindet, bestätigt dies Tocquevilles Analyse. Und angesichts der auch von den meisten Medien vereinzelt Alternativlosigkeit laufen vereinzelte Kritiker, die es gleichwohl gibt, Gefahr, als unsolidarische Verschwörungstheoretiker und Gefährder der Volksgesundheit aus dem gesellschaftlichen Diskurs exkommuniziert zu werden.

Der zu erwartende natürliche Drang nach Freiheit und der Sinn für die Notwendigkeit der Einschränkung der Staatsmacht manifestieren sich deshalb kaum. Eine säkularisierte Gesellschaft ohne religiösen Transzendenzbezug ist offensichtlich zu wenig in der Lage, freiheitshungrige und daher freiheitsfähige Menschen hervorzubringen. Ohne Glaube an eine übergeordnete Macht, von der alle Freiheit kommt und vor der alle, die Macht ausüben, sich dem einverstehen rechtfertigen müssen, ohne einen Gott, der frei macht und zugleich allen Machtspielen des Menschen entzogen ist, schrumpft das Individuum zum Herdentier.

Auch das Auftreten der kleinen Schwester des Despotismus, der Willkür, muss stutzig machen. Denn auf der einen Seite sperren die Regierungen ganze

Gesellschaften weg und legen die Wirtschaft lahm. Sie schränken die Grundrechte aller bis in den Kernbereich hinein ein. Dadurch schützen sie ältere und vulnerable Menschen, durchaus auch vor sich selbst, indem sie diese, gerade wenn sie in staatlichen Institutionen leben, faktisch unter Quarantäne stellen und ihnen Kontaktverbot erteilen.

Auf der anderen Seite schützen dieselben Staaten die Alten und Verletzlichen in einem anderen Bereich, in dem es auch um Leben und Tod geht, kein bisschen vor sich selbst. Diese Staaten lassen ihnen den Giftbecher sogar in ihren eigenen Institutionen reichen, etwa in Altersheimen. Das Sterben durch Corona ist offensichtlich so schlecht, dass der Kampf dagegen nahezu alle Freiheiten kosten darf. Das Sterben à la Exit ist aber offensichtlich so gut, dass man es im Namen der Freiheit gutheisst – und damit einen Akt, der gerade jede Freiheit vernichtet.

Hier ist der Kompass verloren gegangen. Vielleicht sollte man angesichts des bescheidenen westlichen Freiheitsdurstes ein Wort Tocquevilles neu bedenken: «Die Freiheit ist eine Tochter des Christentums. Der Despotismus kann auf Religion verzichten, die Freiheit nicht.»

Martin Grichting ist römisch-katholischer Geistlicher, Kirchenrechtler und Generalvikar des Bistums Chur.